



AUSGABE FEBRUAR II 2022

AKTUELLES AUS DEM LANDTAG



FRANK STEINRATHS MdL



Liebe Leserin, liebe Leser,

die 4. Coronawelle lässt langsam nach, weshalb wir vorsichtig erste Lockerungen durchführen werden. Es bleibt nun zu hoffen, dass wir die Pandemie bald hinter und lassen können und wir unser Leben zurückbekommen. Eine weitere erfreuliche Meldung ist die neue Kriminalitätsstatistik für Hessen. Sie zeigt, dass wir von Jahr zu Jahr immer sicherer leben. Daher danke ich allen Polizisten, die täglich alles für unsere Sicherheit unternehmen.

Schauen Sie auch auf meiner Facebookseite vorbei, um direkt die aktuellen Neuigkeiten zu erfahren:
www.facebook.com/steinraths

Ihr

Frank Steinraths MdL

SCHLAG INS GESICHT FÜR HAUSBAUER

Grüner Minister Habeck setzt KfW Förderung für den Hausbau aus – Hunderttausende Anträge werden nicht mehr bearbeitet

Der Traum vom eigenen Haus ist für viele ein langersehnter Wunsch. Doch er könnte bald Platzen. Denn Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hat spontan ohne Vorankündigung die Bauförderung durch die KfW Bank für Häuser gestoppt. Das ist Politik mit der Abrissbirne. Die Grünen verfolgen klar das Ziel, den Menschen die hart arbeiten ihre Träume zu zerstören. Das Eigenheim soll es nicht mehr geben, stattdessen sollen alle in Mehrfamilienhäuser ziehen. Aus Sicht der Grünen sein dies klimafreundlicher. Aus meiner Sicht ist das eine Zumutung.

Auch den sozialen Wohnungsbau blockiert die abrupte Annullierung sämtlicher Anträge, sodass künftige Vermieter in ihren Planungen und Vorhaben deutlich gehindert, wenn nicht gar gestoppt wer-

den. Wir haben in Deutschland einen großen Bedarf nach Wohnraum. Wenn nun diese Blockade durch den Bundeswirtschaftsminister nicht umgehend beendet wird, sehe ich eine große Wohnungsnot auf uns zukommen. Denn ein Haus zu bauen ist teuer. Ohne die KfW Förderung wird es für viele Unbezahlbar werden.

Auf der einen Seite will die Regierung 400.000 neue Wohnungen errichten, auf der anderen Seite kommt sie den privaten wie gewerblichen Bauherren aber nicht entgegen, sondern legt ihnen noch Steine in den Weg. Diese Regierung bezeichnet sich als öko-sozial, tut aber das genaue Gegenteil. Klimaschonende Gebäude werden nicht mehr gefördert und Wohnungen nicht mehr geschaffen. Das ist das Gegenteil von ökologischer und sozialer Politik.



Sehr geehrte Damen und Herren,

in diesen Tagen jährten sich die Anschläge von Hanau und auch von Volkmarshausen. Diese unfassbaren Tragödien, die einen tief traurig zurücklassen und nach wie vor nur schwer zu begreifen sind, werden uns immer Mahnung dafür sein, dass die Prinzipien und Werte unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung keine Selbstverständlichkeit sind. In unserer Gesellschaft darf nie Platz sein für Menschen, die sich von Hass und Hetze leiten lassen und Gewalt oder Rassismus als Mittel der politischen Auseinandersetzung begreifen. Gemeinsam mit der Landesregierung arbeiten wir dagegen an und haben in dieser Überzeugung beispielsweise bereits im Januar 2020 die bundesweit erste staatliche Meldestelle "Hessen gegen Hetze" eingerichtet. Darüber hinaus setzen wir auch im Haushalt für das laufende Jahr wichtige Akzente und werden mit den bereits bestehenden Hilfs- und Präventionsprogrammen des Landes sowie dem Opferfonds auch die Angehörigen und Opfer bei der Bewältigung des erlittenen

Leids und seiner Folgen weiter unterstützen. Die Betroffenen sollen wissen, dass sie nicht allein sind. Wir sind in Gedanken bei ihnen, gerade in diesen Tagen.

Unsere Gedanken und Gebete sind in diesen Tagen aber auch bei den Menschen in der Ukraine, die angesichts der russischen Invasion und militärischen Angriffe seit dem frühen Morgen des 24. Februar um ihr Leben, ihre Familie und Freunde sowie ihre Heimat fürchten müssen. Das völkerrechtswidrige Handeln des russischen Präsidenten Wladimir Putin ist eine Schande und eine tiefe Zäsur für Europa. Es verlangt eine entschlossene und geschlossene Antwort aller demokratischen Staaten. Wir stehen an der Seite der Ukraine!

Daneben beschäftigt uns weiterhin auch die Bewältigung der Pandemie. Die weitreichenden Maßnahmen und Anstrengungen der vergangenen Wochen zeigen ihre erhoffte Wirkung und die erfreuliche Entwicklung der Pandemie erlaubt es uns, weitere Öffnungsschritte in den Blick zu nehmen. Entlang des Drei-Stufen-Plans der Bundesregierung werden auch wir in Hessen nun Schritt für Schritt die Beschränkungen zurücknehmen, unsere Erfolge aber nicht aufs Spiel setzen. Auch wenn der Höhepunkt der Omikron-Welle überschritten zu sein scheint, gilt es weiterhin vorsichtig und besonnen zu bleiben, die nächsten Öffnungen

sorgfältig abzuwägen und das Virus auf diese Weise hoffentlich nach und nach weiter einzudämmen. Die Hessische Landesregierung unter Führung der CDU steuert verlässlich und verantwortungsvoll durch die Pandemie und wird dies auch in Zukunft tun. Dank des verantwortlichen und umsichtigen Verhaltens der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hat Hessen die Omikron-Welle bis jetzt vergleichsweise gut bewältigt. Darauf setzen und vertrauen wir auch in den kommenden Wochen.

Abseits dieser Themen wollen wir uns in unserer heutigen Ausgabe u. a. mit der aktuellen Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2021 beschäftigen, die erneut Ergebnisse von historischem Ausmaß vorzuweisen hat. Des Weiteren stellen wir wichtige Punkte und Maßnahmen im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen und Kinder vor. Diese bestmöglich zu verhindern und den Betroffenen Schutz und Unterstützung zu bieten, bleibt eine unserer vordringlichsten Aufgaben.

Eine interessante Lektüre, auch in diesen schwierigen Zeiten, wünscht Ihnen

Ihr

Holger Bellino

Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

ACHTSAM UND BESONNEN ZURÜCK ZUR NORMALITÄT

Ines Claus, Fraktionsvorsitzende

Seit über zwei Jahren schränkt die Corona-Pandemie unser bis dahin gewohntes Leben in vielfältiger Art und Weise ein. Nun aber sind endlich wieder Öffnungsschritte möglich – dank der sich abschwächenden Virus-Variante, vor allem aber dank der vielen Menschen in der Bevölkerung, die sich nicht nur impfen lassen, um und andere zu schützen, sondern sich darüber hinaus auch an die bisherigen Regeln gehalten



haben. Die Schritte zurück zur Normalität gehen wir besonnen und achtsam, um unser Gesundheitssystem nicht zu überfordern und in diesem Pandemie-Marathon nicht noch auf der vermeintlichen Zielgerade zu straucheln.

Besondere Bedeutung hat dabei das Wohl der Kleinsten in unserer Gesellschaft. Und deshalb ist es uns als CDU-Fraktion besonders wichtig, dass mit den Lockerungen Anfang März auch die Maskenpflicht im Unterricht entfällt. Jeder, ganz gleich ob Schüler oder Lehrer, der sich dabei unwohl fühlt, kann selbstverständlich weiter eine Maske tragen, aber für viele wird es ein wesentlicher Schritt zu mehr Freiheit sein.

Insgesamt hat die CDU-geführte Landesregierung auf Basis der Bund-Länder-Be-

schlüsse das sog. „Drei-Stufen-Modell“ beschlossen, das in der dritten Stufe ab dem 20. März die tiefgreifenden Schutzmaßnahmen aussetzt. Vorrangiges Ziel ist es dabei, eine klare Perspektive zu geben, v.a. auch für diejenigen, die in den vergangenen beiden Jahren besonders unter den Einschränkungen zu leiden haben. Gleichzeitig aber bereitet es uns große Sorgen, dass die Ampelregierung im Bund nach wie vor in der Frage der Corona-Bekämpfung zerstritten ist und den Ländern die Instrumente, die für ein mögliches Aufflammen der Pandemie im Spätsommer oder Herbst nötig wären, nicht zur Verfügung stellt. Eine Rechtsgrundlage ist allerdings unumgänglich, um grundlegende Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerungen ermöglichen zu können, wenn wir sie (wieder) brauchen.

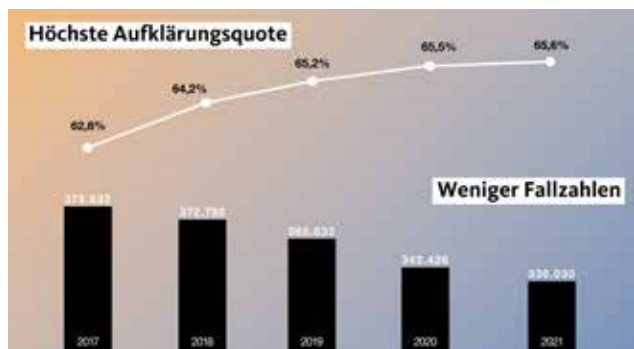


HESSEN IST SO SICHER WIE NIE

Alexander Bauer, innenpolitischer Sprecher

„Für die engagierte und erfolgreiche Arbeit, die in der besten Kriminalstatistik der Geschichte unseres Landes zum Ausdruck kommt, danken wir zuallererst den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den hessischen Sicherheitsbehörden ganz herzlich.“

Hessen ist ein sicheres Land mit einer starken Polizei. Dafür haben Fraktion, Landesregierung und alle CDU-Innenminister in den letzten Jahren viel getan und erreicht. Die Investitionen in mehr Personal, bessere Ausstattung und modernste Technik zahlen sich nun aus: Noch nie konnte die Polizei so viele Straftaten aufklären wie im vergangenen Jahr. Die Aufklärungsquote von 65,6 % ist der mit Abstand höchste jemals gemessene Wert seit Einführung der Kriminalstatistik im Jahr 1971. Die Anzahl der polizeilich bekannten Straftaten war erneut rückläufig (-1,9 % im Vergleich zum Vorjahr) und liegt auf dem Niveau von 1980. Damit ist die Gefahr, in Hessen Opfer von Kriminalität zu werden, auf einem historischen Tiefstand.



Auch im zweiten Jahr der Corona-Pandemie sind die Herausforderungen erneut anspruchsvoll, und die Einsatzkräfte mussten sich auch neuen Szenarien stellen: Die Zahl der Wohnungseinbrüche ging erneut weiter zurück – auch aufgrund der

pandemiebedingten ausgeweiteten Homeoffice-Tätigkeit und starker Polizeiarbeit. 2021 fanden zudem deutlich weniger zu begleitende kulturelle und sportliche Großveranstaltungen statt. Stattdessen waren die Polizeikräfte vermehrt bei der Kontrolle von Impfnachweisen im Einsatz sowie bei Demonstrationen einer zum Teil radikalen Querdenker-Szene, die sich auch in der gestiegenen Statistik über politisch motivierte Kriminalität widerspiegelt.

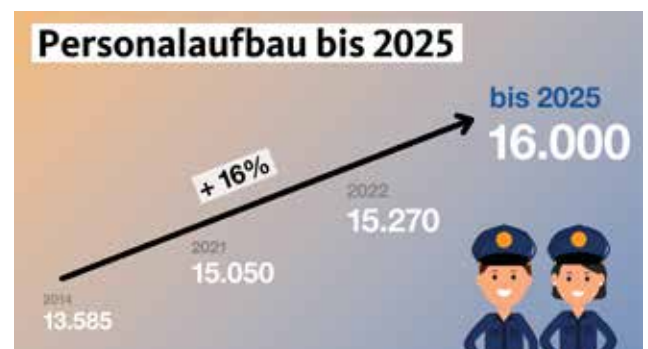
Insgesamt ist die Leistungsbilanz der Hessischen Polizei herausragend. Gerade deswegen schockiert, dass unsere Einsatzkräfte bei ihrer Tätigkeit vermehrt massiv bedroht werden. 2021 wurden knapp 5.000 Polizistinnen und

Polizisten im Dienst beleidigt, bedroht oder sogar Opfer von Gewalt. Der kürzlich im rheinland-pfälzischen Kusel verübte Mord an zwei Polizisten und die darauffolgenden

weiter für härtere Mindeststrafen bei tätlichen Angriffen eintreten. Wir machen öffentlich deutlich, was selbstverständlich sein sollte: Wir schützen die, die uns schützen und tolerieren keine Angriffe auf unsere Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte.

Hessen ist ein sehr sicheres Land. Darauf sind wir stolz. Aber darauf ruhen wir uns nicht aus. Die Investitionen des Landes in die Sicherheit lagen bereits in den letzten Jahren auf Rekordniveau und werden sich auch 2022 nochmals erhöhen. Dann sind bereits mit über 15.270 Polizisten so viele Beamtinnen und Beamten in unserem Land für die Sicherheit unterwegs, wie noch nie in der Geschichte Hessens. Bis 2025 kommen weitere 750 fertig ausgebildete Kolleginnen und Kollegen hinzu. Damit gilt auch für die nächsten Jahre: Sicherheit hat in Hessen weiter oberste Priorität. Und das unterstreichen wir auch mit der Fortentwicklung strategischer Auswertungs- und Kriminalitätsanalysetools.

Kommentare im Internet sind beschämende Beispiele für Hass und Hetze. Wir brauchen mehr Respekt für diese Bürger in Uniform. Außerdem werden wir



FAMILIEN STÄRKEN

ÜBER 330 MILLIONEN EURO FÜR KINDERTAGESSTÄTTEN

CDU unterstützt Bau und Sanierung durch Investitionsprogramme von Bund und Land – Gemeinden im Lahn-Dill-Kreis erhalten 13 Millionen Euro.

In den letzten Jahren haben wir durch Bundes- und zuletzt auch durch zahlreiche Landesprogramme insgesamt 332 Millionen Euro in Hessen zur Unterstützung der kommunalen Familie bereitgestellt. In die Gemeinden im Landkreis Lahn-Dill fließen davon insgesamt 13 Millionen Euro. Eine überaus stattliche Summe. Profitiert hat hiervon insbesondere die Stadt Wetzlar,

deren Bauprojekt mit 3,5 Millionen Euro gefördert wurde. Aus diesem Grund hat sich die CDU geführte Landesregierung im Jahr 2019 dazu entschlossen mit Beschluss zum Haushalt 2020 zusätzliche 92 Millionen Euro für den Bau und die Sanierung von Kinderbetreuungsplätzen in den nächsten vier Jahren zur Verfügung zu stellen. Das sind 23 Millionen Euro pro Jahr, um aus Landesmitteln Abhilfe zu schaffen - also der Betrag, den auch der Bund in den Vorjahren bereitgestellt hatte. Weitere 50 Millionen Euro wurden über den Haushalt 2021 zur Verfügung gestellt.

GEWALT GEGEN KINDER ENTSCHLOSSEN ENTGEGENTRETEN

Hessen baut Schutzhaus für misshandelte Kinder an der Kinderschutzzambulanz der Uni-Klinik Frankfurt.

Wir dürfen als Gesellschaft nicht schweigen und wegsehen, sondern wir müssen entschlossen handeln, Kinder beschützen, Taten verhindern und Täter hart bestrafen. Denn niemand will, dass Kinder körperlichen oder geistigen Qualen ausgesetzt sind. Um Kinder präventiv zu schützen, gibt es zahlreiche Interventionsmöglichkeiten, welche die Landesregierung mit 8 Mio. Euro jährlich fördert. Leider gibt es aber keinen hundertprozentigen Schutz. Darum müssen Opfer von Vernachlässigung und Missbrauch sowie sexueller Misshandlung bestmöglich ärztlich und psychologisch versorgt werden. Ebenso müssen die Beweise genauestens für die Gerichte gesichert

werden, damit die Täter ordentlich abgeurteilt werden können und niemals wieder jemandem Schaden zufügen können. Traumatisierend kann für die Kinder sein, dass mehrere Behörden sie an verschiedenen Orten befragen oder untersuchen müssen. Diesem Problem hat sich die Childhood-Organisation mit ihren Childhood-Houses angenommen. In diesen Schutzeinrichtungen werden die Kinder ganzheitlich und kindgerecht betreut. Das Land Hessen will in Frankfurt an der Uni-Klinik ein solches Childhood-House eröffnen und dafür 1,2 Mio. Euro zur Verfügung stellen. Besonders geschulte, interdisziplinär arbeitende und vernetzte Fachkräfte aus Medizin, Justiz, Jugendamt, Polizei und Psychologie wirken zusammen, um die Kinder nicht unnötig mehr zu befragen oder zu untersuchen als es nötig wäre oder zu belastend wird.

ERFORSCHUNG DER VERGANGENHEIT

Zur Erforschung von Geschichte und Kultur der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler wird ein Forschungsbe- reich eingerichtet.

Geschichte ist Teil des kulturellen Erbes einer Nation und seines Volkes. Gerade die Berichte von Zeitzeugen sind dabei eine wichtige Quelle für Historiker. Leider werden die Menschen, die die Geschichte am eigenen Leib erlebt haben älter und irgendwann sind ihre Erfahrungsschätze nicht mehr verfügbar. Umso wichtiger ist es, die Geschichte der Heimatvertriebenen

und Spätaussiedler noch besser zu erfassen und zu erforschen. Das Thema ist von großer Bedeutung, haben doch ein Drittel der hessischen Bürgerinnen und Bürger über ihre Familie Vertreibung und Aussiedlung erlebt oder sind davon betroffen. Darum setzen wir uns für den Forschungsbereich ein. Dafür wird ein Lehrstuhl an der hessischen Justus-Liebig-Universität Gießen eingerichtet. Die Leitung des Lehrstuhls wird vom Historiker Prof. Dr. Peter Halsinger übernommen, ihm steht eine Arbeitsgruppe von vier Personen bei. Bis 2026 stehen dem Forscherteam 300.000 Euro zur Verfügung.

DIGITALISIERUNG: CHANCE FÜR DIE BILDUNGSGERECHTIGKEIT

Es ist der CDU Fraktion im Hessischen Landtag ein wichtiges Anliegen, die Chancen der Digitalisierung für mehr Bildungsgerechtigkeit und individuelle Förderung zu nutzen. Vor allem in den Schulen sollte früh der Grundstein für die digitale Teilhabe und den Kompetenzerwerb gelegt werden um sich künftig sicher in der digitalen Welt bewegen zu können. Dazu gehört die technische Ausstattung der Schulen wie die pädagogisch-didaktische Fortbildung der Lehrer. Dabei soll jeder Schüler individuell nach seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten unterstützt werden.



Vielen Dank an Henner Befort für den ausführlichen und spannenden Rundgang in seiner Firma Befort Wetzlar. Unter dem Motto „Made in der Stadt der Optik“ hier werden optische Komponenten, Systeme, Baugruppen und lose Optiken aus optischen Gläsern, für alle die Licht als Werkzeug nutzen hergestellt.

IMPRESSUM

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 - 350 534 | Telefax: 0611 - 350 552
E-Mail: cdu-fraktion@ltg.hessen.de
twitter.com/cdu_fraktion
facebook.com/cdufraktionhessen
www.instagram.com/cdufraktion

Frank Steinraths MdL
Wahlkreis 17 - Lahn-Dill II
Oskar-Barnack-Straße 11 | 35578 Wetzlar
Tel.: 0611/350621
f.steinraths@ltg.hessen.de
Fotos: Hessischer Landtag, cduhessen.de, Privat